

Endlich nicht mehr schweigen

Von Barbara Lukesch • Die Gewalt gegen Schwule eindämmen: Justizvertreter und Homosexuelle sitzen zum ersten Mal in der Schweiz an einem Tisch

Adrian Ramsauer, Bezirksanwalt in Zürich und grüner Gemeinderat in Winterthur, kennt antischwule Gewalt aus eigener Erfahrung. Bei der Ausübung seines Berufes war der Schwulenaktivist schon mehrmals Opfer sowohl tätlicher wie auch verbaler Attacken. Mit Unbehagen erinnert er sich vor allem an jenen Angesprochenen, der ihn im Verlaufe einer Einvernahme nicht nur als «schwule Sau», sondern später schriftlich auch als «Adrian Ramsauer» verunglimpfte und mit einem Stuhl auf ihn losgehen wollte. Der Fall hatte Konsequenzen. Er führte zu einem Verfahren wegen «Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte», das noch hängig ist.

Kürzlich hat Ramsauer gerade ein Strafverfahren gegen zwei männliche Jugendliche zum Abschluss gebracht, die einen Mann, den sie für homosexuell hielten, vor einem Restaurant angepöbeln, körperlich angegriffen und auszurauben versucht hatten.

Antischwule Gewalt ist eine Erfahrung, der fast jeder homosexuelle Mann irgendwann in seinem Leben einmal ausgesetzt ist und die seine Identität und sein Selbstbewusstsein nachhaltig erschüttert. Dazu gehören Tötungsversuche, Körperverletzungen, Erpressungen, aber auch subtilere Formen wie Mobbing, verbale Beleidigungen und Diskriminierungen. Bekannt aber werden in der Regel nur

besonders gravierende Fälle wie Raubmorde innerhalb des Strichermilieus oder jener Anschlag in Basel, bei dem vor einigen Jahren vier Jugendliche einen Schwulen auf einer öffentlichen WC-Anlage mit Benzin übergossen, angezündet und schwer verletzt zurückgelassen hatten.

Die allermeisten Betroffenen aber halten still und sehen bewusst davon ab, eine Anzeige gegen den oder die Täter zu erstatten. Folglich sei die Dunkelziffer, so Ramsauer, «erheblich». Nach Aussagen von Bastian Finke, einem der Mitbegründer des «Schwulen Überfalltelefons Berlin», betrage sie «achtzig Prozent» – neben rund zweihundertfünfzig Gewaltakten gegen Schwule, die seiner Beratungsstelle jährlich gemeldet werden.

Vorbild Berlin

Viele der Opfer schweigen nicht nur, weil sie die Rache der Täter fürchten, sondern vor allem, weil sie gegenüber der Polizei misstrauisch sind, die sie seit je mit Razzien in Parks, Repression und Strafen gleichsetzen. «Schwule», meint Ramsauer, «werden noch immer als potentielle Opfer von staatlicher Repression sozialisiert.» Bestätigt wurde diese Erfahrung kürzlich, als die Zürcher Kantonspolizei ihre Personenkontrollen vor verstärkten Autobahnraststätten verstärkte, die von Schwulen immer häufiger als Treffpunkte genutzt wurden.

Hier tue Abhilfe not, befand Ramsauer und begründete zusammen mit anderen, darunter der Zürcher Staatsanwalt Andreas Brunner, den sogenannten «eckigen Tisch»: ein institutionalisiertes Gesprächsforum, an dem sich Vertreter der Zürcher Polizeikörpers und der Justiz erstmals mit Mitgliedern der verschiedenen Homosexuellen-Organisationen zum Thema antischwule und antilebische Gewalt austauschen. Das Ziel der Treffen sei, dass sich mehr Gewaltopfer zu Anzeigen entscheiden würden und damit die Dunkelziffer sinke. Dazu seien «Vertrauensbildung und der Abbau der gegenseitigen Vorurteile» nötig, also ein Wandel der Einstellungen, der am «eckigen Tisch» zumindest eingeleitet werden soll.

Auch wenn das Misstrauen nach drei Begegnungen nach wie vor gross ist, konnte bereits ein erster Erfolg erzielt werden. So nahm sich eine Delegation, bestehend aus Vertretern der Kantons- und Verkehrspolizei und drei Schwulenaktivisten, des Themas Autobahnraststätten an. Gleichzeitig wurden innerhalb der Polizei und Justiz Ansprechpersonen für Gewaltopfer bestimmt. Sie sollen dazu beitragen, dass die Aufklärung solcher Straftaten für die betroffenen Schwulen so gerecht wie möglich abgewickelt wird. Innerhalb der Bezirks-



Wecken Aggressionen: Männerpaare

anwaltschaft nehmen Ramsauer und seine Kollegin Christine Braunschweig diese Funktion wahr; bei der Kantonspolizei ist der Psychologe Markus Gurt dafür zuständig. Die Stadtpolizei hat drei Verantwortliche ernannt.

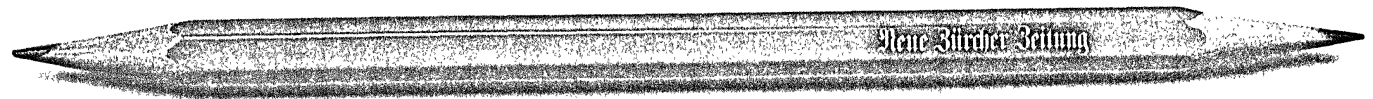
Wünschbar, so Ramsauer, wären darüber hinaus offen auftretende schwule und lesbische Polizeibeamte, die «entscheidend zur Einstellungsveränderung innerhalb der nach wie vor konservativen Institution beitragen könnten». Bei der Stadtpolizei Winterthur leistet der offen schwule Beamte Reto Frei Pionierarbeit. In

anderen Ländern ist dies schon lange Praxis. In Sydney zum Beispiel rekrutiert die Polizei selber gezielt homosexuelle Mitarbeitende. In Berlin existiert seit einiger Zeit die H-Pol, ein Arbeitskreis, dem rund vierzig homosexuelle Polizisten und Polizistinnen angehören. Hier gibt es überdies seit neun Jahren das Schwule Überfalltelefon Berlin, das von Anfang an staatlich finanziert wurde. Vergleichbare Opferhilfestellen wurden inzwischen auch in Köln, München und Frankfurt eingerichtet. Nicht zuletzt dank dieser Institutionen verfügt man in Deutschland bereits über statistische Erhebungen zum Ausmass der antischwulen Gewalt: Pro Jahr sind bis zu fünf Prozent aller Schwulen von Angriffen betroffen.

In Basel wird zur Zeit die erste wissenschaftliche Arbeit mit dem Titel «Antischwule Gewalt in der Schweiz» erstellt, die Zahlenmaterial liefert und auch Aufschluss über die Beweggründe der mehrheitlich männlichen Täter geben soll. Beim Überfalltelefon Berlin weiss man aus der täglichen Arbeit, dass sich drei Gruppen unterscheiden lassen. Die einen greifen an, weil sie Homosexuelle grundsätzlich ablehnen oder hassen. Eine zweite Gruppe handelt primär aus materiellen Interessen und geht von der Vorstellung aus, dass Schwule «leichte Beute» seien, die sich nicht wehren können.

Die dritte Tätergruppe schliesslich reagiert auf persönliche Frustrationen wie Liebeskummer mit Aggressionen, und dann brauche es, so Berater Bastian Finke, mitunter «nur ein händchenhaltendes Schwulenpaar, und schon knallt's».

Das Für und Wider.



Je sorgfältiger eine Meinung begründet ist, desto mehr Gewicht hat sie. Ein Standpunkt wirkt überzeugend, wenn er – im Gegensatz zum Kampagnenjournalismus – unter verschiedenen Blickwinkeln verdeutlicht und vertreten wird. Müssen Sie das Pro und Contra einer Leseprobe lange erwägen? Jetzt 4 Wochen lang gratis: Tel. 01/258 15 30 oder www.nzz.ch/abo

Neue Zürcher Zeitung